"Das Schweizer Erdöl den Schweizern!" : Erdölsuche in der Schweiz im goldenen Zeitalter der 1950er-Jahre

Autor(en): **Zbinden, Anne-Sophie / Gisler, Monika**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **20 (2013)**

Heft 3: **Energie : Erzeugung, Verbreitung und Nutzung im 19. und 20. Jahrhundert = Energie : Production, diffusion et utilisation aux 19e et 20e siècles**

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-391096

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

«Das Schweizer Erdöl den Schweizern!»

Erdölsuche in der Schweiz im goldenen Zeitalter der 1950er-Jahre

Anne-Sophie Zbinden, Monika Gisler

Einleitung

Die Bedeutung von Erdöl und Erdgas ist für die Schweiz – wie für alle Industrie- und Schwellenländer – enorm: In den gut 150 Jahren seit den ersten grossen Funden hat Erdöl die Kohle von ihrer Spitzenposition verdrängt und ist zum wichtigsten Energieträger der Welt geworden. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg betrug der globale Tagesbedarf 6 Millionen Fass oder Barrel (wobei 1 Barrel 159 Litern entspricht). Im Lauf der 1950er-Jahre nahm die weltweite Rohölproduktion zu und führte in den 1960er-Jahren zu einer regelrechten Ölschwemme in den Industrieländern. Heute werden weltweit für Mobilität, Wärme, Strom und industrielle Erzeugnisse – darunter Plastik, Düngemittel und Farben – täglich rund 80 Millionen Fass verbraucht.

In der Schweiz betrug der Anteil der Erdölprodukte am Energieverbrauch vor dem Ersten Weltkrieg weniger als 1 Prozent. Erdölprodukte spielten bei der Energieversorgung erst ab Mitte der 1930er-Jahre eine Rolle, als ihr Anteil am Bruttoenergieverbrauch auf 11 Prozent gestiegen war. Bis 1945 sank der Anteil – bedingt durch den Zweiten Weltkrieg – wieder auf 1 Prozent. In der Nachkriegszeit nahm der Verbrauch zwischen 1946 und 1973 um durchschnittlich 14 Prozent zu. Bereits Mitte der 1950er-Jahre hatte das Erdöl die Kohle vom ersten Platz in der Energiebilanz verdrängt. 1960 deckte die Schweiz 46 Prozent ihres Bruttoenergieverbrauchs mit Erdölprodukten. Gleichzeitig sanken die Erdölpreise; sie wurden vom Trend der übrigen Lebenshaltungskosten abgekoppelt.[1] Die Erdölpreiskrise von 1973, die zu einem schockartigen Preisanstieg für Erdölprodukte geführt hatte, setzte dem sprunghaften Wachstum des Erdölverbrauchs ein vorläufiges Ende. Inzwischen hat sich der Anteil der Erdölprodukte am Endenergieverbrauch bei rund 55 Prozent eingependelt.[2]

Ab den 1950er-Jahren stand Erdöl in der Schweiz reichlich und kostengünstig zur Verfügung. Es wurde sorglos konsumiert – Importabhängigkeit, Ressourcenkriege, Umweltverschmutzung und Treibhausgase spielten in den Medien

und im öffentlichen Bewusstsein, zumindest in den ersten Jahren des «Booms», kaum eine Rolle. Eine Ursache für die rasche Verbreitung des Erdöls in der Schweiz war die Motorisierungswelle der 1950er- und 60er-Jahre. In dieser Zeitspanne verdreifachte sich der Motorfahrzeugbestand (siehe dazu den Beitrag von Ueli Haefeli in diesem Band). Gleichzeitig nahm die Zahl erdölbefeuerter Zentralheizungen zu. 1960 heizte noch die Mehrheit der Schweizer Haushalte mit Einzelöfen; bereits zehn Jahre später verfügten 70 Prozent aller Haushalte über eine Zentralheizung.

Wie Kohle mussten auch Erdöl und Erdölprodukte vollständig importiert werden. Die Schweiz bezog ihre Produkte zunächst von Standard Oil, die sich bereits 1893 in der Schweiz niedergelassen hatte (als Esso Switzerland, heute Socar Energy Switzerland). Ab den 1920er-Jahren waren zudem Royal Dutch Shell (die 1906 gegründete Lumina SA übernahm die Generalvertretung für Shell-Produkte in der Schweiz; Shell Switzerland wurde 1949 ins Leben gerufen) sowie ab 1927 die Anglo-Persian Oil Company (die spätere British Petroleum Company Ltd.) in der Schweiz tätig und um die Produktedistribution besorgt. Bereits in jenen frühen Jahren wurden Stimmen laut, welche die Erdölexploration in der Schweiz selber vorantreiben wollten. In grösserem Stil wurden allerdings erst in den 1960er-Jahren Bohrungen abgeteuft – zwischen 1958 und 1966 wurden 17 der insgesamt 35 Bohrungen zwischen 1912 und 1989 durchgeführt.

Daniele Ganser beschreibt in seiner neuen Studie zum Erdölkonsum in Europa[3] unter anderem die organisatorischen Bestrebungen von Schweizer Firmen, die ausländische Dominanz im *up-stream*-Geschäft einzudämmen (siehe auch Rezension in diesem Band).[4] Er untersucht die Auswirkungen internationaler Ereignisse auf das Engagement der Erdöl-Suche in der Schweiz und deren längerfristigen Konsequenzen. Ganser nimmt dabei den Unabhängigkeitsgedanken auf, den – wie unten gezeigt wird – verschiedene Akteure im Lauf der 1950er- und 60er-Jahre ins Feld führten.

Der vorliegende Beitrag erweitert die Ergebnisse Gansers durch eine Innenperspektive und beleuchtet aus politikgeschichtlicher Sicht das Verhalten von Bund, Kantonen und Privaten im Zusammenhang mit dem zunehmenden Interesse ab den 1950er-Jahren, im eigenen Land mögliche Erdölvorkommen auszubeuten.[5] Im Fokus steht hierbei der Anspruch der verschiedenen Interessenvertreter, vom Ausland unabhängig zu werden, sowohl hinsichtlich des Imports – die Schweiz war neben Japan der von ausländischen Energielieferungen am stärksten abhängige Industriestaat – als auch bezüglich der Erdölexploration. Die Finanzierung und die politischen Debatten auf Bundes- sowie auf kantonaler Ebene werden im Folgenden in einem Längsschnitt behandelt.

Royal Dutch Shell bringt den Stein ins Rollen

Eine Konsequenz der weltweit steigenden Produktion sowie des rasant zunehmenden Verbrauchs von Erdöl beziehungsweise seiner Derivate ab den 1950er-Jahren war eine Dynamisierung der Erdölsuche und -forschung in der Schweiz. Dabei setzte sich allmählich eine systematische Prospektionsstrategie auf Schweizer Boden durch, in die sich, wenn auch nur zögerlich, der Bund einmischte. Schon zuvor hatte es Bemühungen gegeben, die Erdölforschung voranzutreiben. Laut einem Gutachten von 1957 soll bereits in den 1770er-Jahren bei Dardagny (GE) versucht worden sein, an die Oberfläche getretene Ölsande zu erschliessen. Im 19. Jahrhundert fanden erste Bohrungen auf Schweizer Gebiet statt – sie ergaben jedoch keine Hinweise auf wirtschaftlich nutzbare Rohstoffvorkommen. Der Erste, der in der Schweiz systematisch erdölgeologische Untersuchungen durchgeführt hatte, war der Zürcher Geologe Arnold Heim (1882–1965).[6] Damit beauftragt worden war er während des Ersten Weltkriegs von den Stahlwerken Georg Fischer, Schaffhausen, sowie von der Firma Sulzer, Winterthur. In einer Schrift aus dem Jahr 1919 dokumentierte Heim ausführlich die Ölvorkommen zwischen dem Genfer Gebiet und dem Aargau. Zeit seines Lebens war er überzeugt, im Schweizer Boden Erdöl zu finden, womit sich die Bevölkerung wenigstens teilweise hätte selbst versorgen können. Weitere Schweizer Geologen taten es ihm gleich und suchten in den Jahren zwischen 1930 und 1980 aktiv nach Erdöl- und Erdgasvorkommen im eigenen Land.

Mitte 1951 mischte sich die erste internationale Firma ins Schweizer *up-stream*-Geschäft ein: Die Royal Dutch Shell bewarb sich bei den Kantonen des Mittellands um Konzessionen zur Durchführung von Erdölexplorationen – es waren und sind noch heute die Kantone, die im Rahmen des Bergregals über die Verfügung der Bodenschätze und damit über die Konzessionsvergabe entscheiden. Royal Dutch Shell strebte danach, in der Molasse-Region nach Erdöllagerstätten zu suchen, obwohl sie nur mit einer Erfolgschance von rund 10 Prozent rechnete.[7]

Die Anfrage hatte Signalwirkung: Neben grossen Firmen wie BP und Esso bewarben sich in der Folge auch zahlreiche kleinere Gesellschaften und Einzelpersonen um die Rechte, Bohrungen auf Kantonsgebieten abzuteufen. Die internationalen Gesellschaften waren bereit, Millionenbeträge in die Exploration zu investieren. Die Schweiz war bekannt für ihre politische und wirtschaftliche Stabilität wie auch für ihre juristische Vertragstreue und genoss einen soliden Ruf.

Um eine Konzession für das gesamte Mittelland zu erwerben, hätte eine Gesellschaft mit allen 17 betroffenen Kantonsregierungen verhandeln müssen. Keinem Unternehmen gelang es jedoch, sämtliche Kantone an einen Tisch zu

bringen. Letztere waren an einer für sie lukrativen Lösung und an der Wahrung ihrer Souveränität interessiert – nicht von Beginn weg allerdings. Zunächst hatten die Kantonsregierungen beschlossen, bei der Vergabe von Konzessionen gemeinsam vorzugehen, um ihre Verhandlungsposition gegenüber den grossen Erdölunternehmen zu stärken. Ihnen war bewusst, dass Firmen nur dann die Kosten einer Exploration auf sich nehmen würden, wenn sie für ein grösseres Gebiet Ausbeutungsrechte besässen. Die Kantone beauftragten deshalb den Direktor des Büros für Bergbau im Kriegs-, Industrie- und Arbeitsamt (KIAA), Hans Fehlmann, mit der Ausarbeitung eines standardisierten Konzessionsvertrags. Dieser hätte anschliessend, so die Idee, von allen Ständen verwendet werden sollen.[8]

Die Kantone konnten sich allerdings nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Ein Problem waren die unterschiedlichen Gesetzgebungen. So machte zum Beispiel Genf geltend, die von Fehlmann vorgeschlagene Konzessionsvorlage sei nicht mit den rechtlichen Voraussetzungen des Kantons vereinbar.[9] Andere Kantone wie Waadt, Aargau, Luzern und Freiburg hatten zu diesem Zeitpunkt bereits Konzessionen vergeben.[10]

Die politische Debatte auf Bundesebene

Im Zug der vermehrten Anfragen um Konzessionen bei den Kantonsregierungen wurde der Bund hellhörig. Er war strikt gegen die Vergabe kantonaler Konzessionen und die damit einhergehende Zusammenarbeit mit internationalen Gesellschaften, weil er fürchtete, durch eigene Erdölquellen zum strategischen Ziel Krieg führender Parteien zu werden.

Bundesrat Rodolphe Rubattel, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, erläuterte die Interessenkonflikte, mit welchen sich die Schweiz bei einer Erdölsuche auf eigenem Boden konfrontiert sehe: «Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus und aufgrund allgemeiner Überlegungen ist es sicher sehr zu begrüssen, wenn in umfassender Weise und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln endgültig abgeklärt wird, ob in der Schweiz abbauwürdige Erdölvorkommen vorhanden sind, und wenn gegebenenfalls solche Vorkommen ausgebeutet werden.» Aus politischer und militärstrategischer Perspektive hingegen, so Rubattel weiter, wäre das Vorhandensein grösserer Erdölvorkommen ein Nachteil: «Wenn man bedenkt, dass das Erdöl nicht nur heute, sondern wohl auch in der Zukunft von grosser politischer und militärischer Bedeutung ist, müsste man mit neuen Risiken und Gefährdungen unserer Unabhängigkeit, namentlich im Kriegsfall, rechnen.»[11] Stein des Anstosses war für ihn nicht die Exploration an sich, sondern die Zusammenarbeit mit ausländischen Gesellschaften. Er war der

einzige Bundesrat, der zu jenem Zeitpunkt explizit darauf hinwies, dass die Schweiz aus energiewirtschaftlichen Gründen nicht auf eigene Erdölquellen angewiesen sei, da Erdöl billig und in genügenden Mengen importiert werden könne. Gerade die Import-Abhängigkeit wurde jedoch von anderer Seite als Problem betrachtet. Eine Abklärung der Erdölvorkommen sei für die Schweiz aufgrund der fast vollständigen Auslandabhängigkeit im Energiesektor von grosser wirtschaftlicher Bedeutung, befand Otto Zipfel, Delegierter des Bundesrates für Arbeitsbeschaffung. «Eigene Erdölvorkommen, wenn auch nur in geringerem Umfang, würden deshalb für die Schweiz eine unschätzbare Hilfe bedeuten.»[12]

Ablehnend verhielt sich das Politische Departement unter Bundesrat Max Petitpierre. Für Petitpierre war bei der Erdölexploration höchste Vorsicht geboten. Er fürchtete, bereits die Möglichkeit von Erdölfunden in der Schweiz führe auf internationaler Ebene zu erheblichen Schwierigkeiten. Sein Departement vertrat die Meinung, dass niemals Konzessionen an ausländische Gesellschaften vergeben werden dürften; vielmehr müssten sämtliche Bedingungen ausgeschaltet werden, welche die Neutralitätspolitik belasten würden.[13]

Bundesrat und Parlament beschäftigten sich jedoch hauptsächlich mit der Vergabe von Konzessionen. Nationalrat Eugen Bircher fragte am 31. Januar 1952 den Bundesrat, ob dieser nicht der Auffassung sei, bei der Vergabe von Erdölkonzessionen sollten in erster Linie Schweizer Interessen berücksichtigt werden. In seiner Antwort erklärte der Bundesrat, dass die Vergabe in der Kompetenz der Kantone liege, er aber hoffe, die Kantone würden die übergeordneten nationalen Interessen im Auge behalten: «Sollte freilich durch Vorkehren der Kantone und der Konzessionäre die äussere Sicherheit und Neutralität der Schweiz gefährdet werden, so müsste sich der Bund vorbehalten, auf Grund von Art. 102, Ziffer 9, der Bundesverfassung einzuschreiten, und zwar ungeachtet des kantonalen Bergregals.»[14] Der Bundesrat befürchtete, dass die Kantone ihre finanziellen Interessen über die Wahrung der Landessicherheit stellen würden. Um die schweizerische Kontrolle über die Exploration und das möglicherweise geförderte Öl zu gewährleisten, schien ihm eine nationale Koordination deshalb unumgänglich.[15]

Im Lauf der 1950er-Jahre veränderte sich die Haltung des Bundes. Nach 1956 befürwortete der Bundesrat, mit Ausnahme von Max Petitpierre, die Suche nach Erdöl und Erdgas. Die Aussicht, bei erfolgreicher Exploration die Abhängigkeit von Erdölimporten zu verringern, erhielt mehr Gewicht als die geopolitische Gefahr. Der Meinungswandel erfolgte aufgrund der zunehmenden Bedeutung des Erdöls für die Schweizer Energieversorgung. Zudem machte die Suezkrise 1956 nachdrücklicher als je zuvor die Abhängigkeit vom Ausland deutlich. Die Skepsis gegenüber den grossen ausländischen Unternehmen blieb jedoch aufgrund der Revolution im Iran 1953 bestehen.[16]

Koordination zwischen den Kantonen

Das Interesse des Bundes an der Vergabe der Erdölkonzessionen wurde von vielen Kantonen als Einschnitt in ihre Hoheitsrechte empfunden. Der Direktor des KIAA, Max Kaufmann, hielt im Mai 1952 fest, dass die Kantone «unter keinen Umständen vom Bund Weisungen entgegennehmen wollen».[17] Auch der Zürcher Finanzdirektor, Hans Streuli, pochte auf die ausschliessliche Zuständigkeit der Kantone bei der Erteilung von Bergrechtskonzessionen und deren Autonomieanspruch in diesem Bereich. «Der Bundesrat hat den Schlotter, dass Erdöl gefunden werde, und es zeigt eine schwächliche Politik, aus aussenpolitischen Gründen kostbare Bodenschätze nicht suchen zu wollen», kritisierte Streuli.[18] Konsequenterweise setzte er sich dafür ein, die schweizerische Erdölfrage mit Fokus auf eigene wirtschaftliche Interessen zu lösen. Damit widersprach er der Meinung des Politischen Departements.

Nachdem sich die Kantone nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnten, lud der Bundesrat am 6. November 1952 die Regierungspräsidenten aller 25 Kantone zu einer Erdölkonferenz nach Bern ein. Der Bundesrat betonte erneut, die Erdölexploration falle in die Kompetenz der Kantone, die Vergabe von Erdölkonzessionen an ausländische Gesellschaften dürfe die Unabhängigkeit und die Sicherheit der Schweiz aber nicht beeinträchtigen. Eine Lösung wurde an der Konferenz allerdings nicht gefunden, wie aus einem Schreiben des Bundesrates an die Kantonsregierungen hervorgeht: Erst wenn eine Antwort auf die Frage nach dem Erdölvorkommen in der Schweiz gefunden sei, könne «eine allfällige Gefahrenquelle in künftigen internationalen Entwicklungen ausgeschaltet werden».[19] Die Landesregierung stellte sich nicht mehr gänzlich gegen die Konzessionsvergabe durch die Kantone, sie forderte aber eine Schweizer Mehrheit bei Explorationsunternehmungen, da alles andere «eine Gefährdung der äusseren Sicherheit sowie der Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität darstell[e]». Gegen eine Minderheitsbeteiligung einer ausländischen Gesellschaft hatte die Landesregierung jedoch nichts mehr einzuwenden.

Der Bundesrat tat sich schwer zu erklären, worin eine potenzielle Gefährdung bestanden hätte. Es liege in der Natur der Sache, nicht ohne Weiteres in «Form von bestimmten Tatbeständen [...] umschreiben [zu können], was als Gefährdung zu betrachten sei. In allgemeiner Hinsicht ist darauf hinzuweisen, dass unsere äussere Sicherheit und Unabhängigkeit [...] schon dann als gefährdet zu betrachten ist, wenn befürchtet werden muss, dass die Schweiz gezwungen werden könnte – sei es auch nur auf einem bestimmten Teilgebiet, wie etwa dem des Aussenhandels mit Erdöl – eine bestimmte, im Interesse des Auslands liegende Politik zu befolgen. Von einer Gefährdung der politischen Neutralität ist dann zu sprechen, wenn die Gefahr besteht, dass wir zur Stellungnahme zugunsten

oder zuungunsten einer Krieg führenden Partei veranlasst oder gar in einen Krieg hineingezogen werden könnten.»[20]
Streuli gingen die Befürchtungen des Bundes zu weit. «Es ist eine unangebrachte, unverdiente und unbegründete Auffassung, die kantonalen Regierungen könnten oder würden die Landesinteressen bei der Erteilung von Ölkonzessionen nicht ebenso gut wahrnehmen wie die Bundesverwaltung», verwahrte sich der Zürcher Finanzdirektor in einem Zeitungsartikel. Bei einem Erdölfund werde sich im Gegenteil «unsere Unabhängigkeit vom Ausland auf einem Gebiet, das besonders auch für die weitgehend motorisierte Armee von Interesse sein dürfte, nicht unwesentlich verbessern».[21] Für Streuli stand die Souveränität der Kantone an erster Stelle. Zudem gewichtete er die Versorgungssicherheit höher als eine mögliche Gefährdung von aussen.
Trotz der Meinungsverschiedenheiten hatte der bundesrätliche Vorstoss Folgen: Die Kantone einigten sich im Frühjahr 1960 auf gemeinsame Richtlinien, um die gesamtschweizerischen Interessen zu wahren. Sie verpflichteten sich ferner, Konzessionen nur an mehrheitlich schweizerische Gesellschaften zu vergeben. Damit war der Grundstein gelegt zu einer Erdölexploration im grossen Stil.
Der Bundesrat hielt sich dabei vornehm zurück. Dafür wurde er heftig kritisiert, zum Beispiel vom Delegierten des Bundesrates für wirtschaftliche Kriegsvorsorge, Fritz Hummler. Dieser äusserte schon Ende der 1950er-Jahre Zweifel, dass genügend Schweizer Industrielle für eine Finanzierung zu gewinnen seien und forderte den Bund wiederholt auf, an deren Stelle zu treten und die Erdölforschung zu fördern. Zu prüfen sei zudem, so Hummler, ob und in welchem Ausmass eine ausländische Mitwirkung zu ermöglichen sei.[22] Der Bundesrat jedoch erklärte die Erdölexploration zur Angelegenheit der Kantone und der Privatwirtschaft. Erst 1982 sprach er einen Kredit über maximal 10 Millionen Franken.

Die Privatwirtschaft mischt sich ein

Aufgeschreckt durch das Interesse der internationalen Erdölfirmen an der Exploration in der Schweiz wurde zu Beginn der 1950er-Jahre auch die Schweizer Privatwirtschaft aktiv. Die Wirtschaftsvertreter brachten gegen die von internationalen Unternehmen angestrebten Mehrheitsbeteiligungen die gleichen Argumente vor wie die Politiker: die Wahrung der Neutralität und die Unabhängigkeit der Schweiz. In erster Linie ging es ihnen darum, mögliche Gewinne aus der Schweizer Erdölförderung nicht ins Ausland abfliessen zu lassen. Deshalb versuchte unter anderem eine Gruppe um den Industriellen Max Schmidheiny, Schweizer Kapital für die Exploration zu mobilisieren. Dazu hatte

sie bereits 1953 das Schweizerische Konsortium für Erdölforschung gegründet. Ziel dieses Zusammenschlusses war es in erster Linie, die Mittellandkantone in einem Konkordat zu vereinigen, um die Exploration vorantreiben zu können. Obwohl sich namhafte Firmen engagierten, erwies sich die Beschaffung von Kapital als schwierig: Niemand war zu grossen Investitionen bereit. Die Gefahr einer Konzessionsvergabe der Kantonsregierungen an die kapitalkräftigeren ausländischen Gesellschaften blieb damit bestehen. Aber auch das Unterfangen, die Mittellandkantone zu einem Konkordat zu bewegen, scheiterte. Die Forderung nach einer mehrheitlich schweizerischen Exploration stiess vor allem bei jenen Kantonen auf Gegenwehr, die bereits mit ausländischen Unternehmen in Verbindung standen. Als Folge davon sah sich das Konsortium 1958 zur Warnung veranlasst: «Achtung – ausländische Interessen! – Das Schweizer Erdöl den Schweizern!»[23] Den Kantonen war aber sehr wohl bewusst, dass im Unterschied zu den Schweizer Unternehmen den ausländischen Gesellschaften sowohl das Wissen als auch die notwendigen Mittel zur Verfügung standen.

Im Jahr 1956 erfolgte die Gründung der Aktiengesellschaft für schweizerisches Erdöl (SEAG) mit Sitz in St. Gallen, die bestrebt war, Explorationskonzessionen zu erhalten. Dies sollte ihr bald gelingen: Die Regierungen der Kantone Zürich, St. Gallen, Thurgau und Aargau rauften sich nun doch zu einem Konkordat zusammen, wenig später stiessen die beiden Appenzell, Zug, Schaffhausen und Schwyz dazu. Das Konkordat trat geeint auf und war gewillt, Konzessionen zur Ölexploration an eine Schweizer Gesellschaft zu vergeben. Nicht zuletzt deshalb beauftragte das Konkordat damit die SEAG. Kurz darauf zogen andere Kantone nach, sodass nach und nach in verschiedenen Regionen Explorationsgesellschaften entstanden, die sich bald unter einem gemeinsamen Dach vereinigten.

1959 wurde die Swisspetrol Holding AG ins Leben gerufen. Sie bildete die Klammer der kantonalen Fraktionen (unter anderen der SEAG; das Konsortium hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits wieder aufgelöst). Mitinitiator war erneut Max Schmidheiny; er wurde auch ihr erster Verwaltungsratspräsident. Die Swisspetrol Holding AG hatte zwei Ziele: Erstens wollte sie das schweizerische Kapital bereitstellen und dessen Verwendung zweckmässig koordinieren. Zweitens sollten die Risiken der Erdölforschung gesamtschweizerisch verteilt werden. Deshalb strebte sie die Zusammenarbeit mit möglichst vielen Kantonen im Mittelland an.[24]

Die Holding beteiligte sich als Dachgesellschaft nicht direkt an der Prospektion im Gelände, sondern engagierte sich durch Promotion, Koordination und Finanzierung von regionalen Fördergesellschaften im Erdölgeschäft. Die Konzessionsbewilligungen in den Kantonen waren dank der guten Zusammenarbeit gesichert. In der Folge wurden Tiefenbohrungen in der Ostschweiz, in der Westschweiz sowie in den Kantonen Zürich und Aargau durchgeführt.

Wie dem Bund ging es auch der Swisspetrol in erster Linie darum, den Einfluss ausländischer Erdölgesellschaften zu begrenzen. Faktisch war die Holding allerdings bald von der Zusammenarbeit mit ausländischen Gruppen abhängig. In der Schweiz gab es zwar eine ganze Reihe hervorragender Erdölgeologen, die technische und logistische Ausrüstung, etwa Prospektionsgesellschaften oder Vermessungs- und Bohrmannschaften, fehlten aber. Insbesondere mit Elwerath, Hannover, die später von Shell und Esso übernommen wurde, mit der Pétroles d'Aquitaine in Biel, einer Tochtergesellschaft der französischen Société Nationale des Pétroles d'Aquitaine, sowie mit Shell Switzerland pflegte die Swisspetrol eine lange und fruchtbare – wenn auch nicht ertragreiche – Zusammenarbeit. Die Kooperation war nicht nur technischer Natur, vielmehr trugen die drei Unternehmen auch den massgeblichen Teil der Kosten.

Ausländisches Kapital finanziert die Bohrungen in der Schweiz

Die zunehmende Bedeutung des Erdöls ab den 1950er-Jahren bewirkte, dass auch kleinste Vorkommen in die gesamtstrategischen Überlegungen internationaler Gesellschaften einbezogen wurden. Damit erhielt die Schweiz für sie zunehmend Gewicht. Die Firmen, die sich für eine Exploration auf Schweizer Boden interessierten, rechneten mit Investitionen in Millionenhöhe: Royal Dutch Shell kalkulierte für Probebohrungen im Schweizer Mittelland 6 Millionen Franken,[25] Standard Oil (USA) sprach gar von 20 Millionen Franken über die ersten fünf Jahre.[26]

Die Schweizer Unternehmen wiederum waren entsprechend der Grösse des Explorationsgebietes bereit, 2–10 Millionen Franken zu investieren. Die Finanzierung und Durchführung der Arbeiten wollten sie in Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern angehen. So auch die SEAG. Als grösste Schweizer Erdölgesellschaft verfügte sie immerhin über ein Aktienkapital von 6 Millionen Franken. Von diesem Betrag wurden 75 Prozent durch die schweizerische Wirtschaft aufgebracht, die restlichen 25 Prozent übernahm die grösste deutsche Erdölgesellschaft Elwerath. Der Anspruch auf eine mehrheitlich schweizerische Ölgesellschaft blieb damit gewahrt.[27]

Die Swisspetrol Holding AG als Dachgesellschaft investierte schliesslich zwischen 1959 und 1982 180 Millionen Schweizer Franken in die Erdgas- und Erdölsuche in der Schweiz. Von Beginn weg arbeitete sie dabei mit ausländischen Gesellschaften zusammen. Diese waren nach langen Verhandlungen – und aufgrund der Ölpreisschock-Erfahrung von 1973 – bereit, 90 Prozent des Risikos und der Kosten zu übernehmen. Die Schweizer Unternehmen mussten sich lediglich verpflichten, im Fall eines Fundes 41 Prozent der Kosten sofort zurückzubezahlen. Mit dieser

Regelung konnten die ausländischen Investoren die von den Statuten der Swisspetrol geforderte Schweizer Aktienmehrheit von 51 Prozent einhalten.[28]
Insgesamt wurden rund 317 Millionen Franken in die Erdöl- und Erdgasexplorationen investiert. Der Bund beteiligte sich ab 1983 finanziell an den Explorationen, steuerte dabei aber von den anfänglich bewilligten 10 Millionen lediglich 5,3 Millionen Franken bei. Mit Ausnahme von bescheidenen Erdgasförderungen im Entlebuch zwischen 1985 und 1994 waren die Explorationstätigkeiten nicht erfolgreich und für alle ein Verlustgeschäft. Die ausländischen Unternehmen aber hatten in grossem Umfang in der Schweiz Fuss gefasst, obwohl genau dies der Bund zu verhindern gesucht hatte.

Fazit und Ausblick

Die Bemühungen um eine vom Ausland unabhängige Erdölversorgung scheiterten aus zwei Gründen: Zum einen hatte es der Bund versäumt, als Innovator aktiv zu werden, das notwendige Wissen zu bündeln und, wo nötig, Geld zu investieren. Zum anderen fehlte es auch der Privatwirtschaft an der Bereitschaft, ausreichend Mittel in die Hände zu nehmen, um umfassende Explorationen durchführen zu lassen. Dies hatte zur Folge, dass man in der Schweiz zwar wiederholt nach Unabhängigkeit rief, mangels Risikobereitschaft jedoch in allen Bereichen vom Ausland abhängig blieb.
Entscheidend war zudem, dass Erdöl trotz Schockerlebnissen wie der Suez- oder der Erdölpreiskrise spätestens Ende der 1950er-Jahre billig und reichlich zur Verfügung stand. Die preisgünstige Energie wirkte innovationshemmend.
Die Frage, ob im Schweizer Untergrund Kohlenwasserstoffe in abbaubaren Mengen vorhanden sind, konnte trotz der in die Explorationstätigkeit investierten Millionen nicht endgültig geklärt werden. Dass die geologischen Bedingungen gegeben sind, belegt das Faktum, dass noch heute unter dem Genfersee und im Jura nach Erdgas gesucht wird. Die britische Firma Celtique Energie hält bereits Explorationskonzessionen in den Kantonen Genf, Jura und Neuenburg.[29] Sie schätzt das förderbare Erdgasvorkommen im Val de Travers auf 20 Milliarden Kubikmeter – eine Menge, die den Bedarf der Schweiz während sieben Jahren decken würde. Auch unter dem Genfersee, in der Nähe von Chillon (VD), ist die Firma Petrosvibri (eine Tochtergesellschaft der Westschweizer Gasversorger) bei einer Probebohrung auf Erdgasvorkommen gestossen. Eine Ausbeutung des Gasvorkommens dürfte indes teuer werden. Es handelt sich nicht um ein konventionelles Erdgasfeld, sondern um *tight gas,* das neben Schiefergas als zweites unkonventionelles Gas gilt. Steigende Gaspreise könnten aber auch solche Vorkommen rentabel machen.[30]

In seiner Antwort auf eine Anfrage des Neuenburger Ständerats Raphaël Compte vom Dezember 2012 bezüglich seiner Position zur Erdgasexploration äusserte sich der Bundesrat zurückhaltend. Aus Gründen der Versorgungssicherheit, der Unabhängigkeit und im Rahmen der Energiewende (Erdgas als Brückenenergie) befürwortete er zwar die Erdgasexploration, sah sich jedoch zu keinen Fördermassnahmen veranlasst, sondern verwies auf die Zuständigkeit der Kantone.[31] Ob und mit welchen finanziellen Mitteln in der Schweiz fossile Brennstoffe gefördert werden sollen und wie man den damit einhergehenden ökologischen Herausforderungen begegnen will, bestimmt damit einmal mehr nicht der Bund. Es bleibt eine Frage des politischen Willens – und der Entwicklungen auf dem Energiemarkt.

Anmerkungen

1 Christian Pfister, «Das ‹1950er Syndrom›. Die umweltgeschichtliche Epochenschwelle zwischen Industriegesellschaft und Konsumgesellschaft», in: Ders. (Hg.), *Das 1950er Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft*, Bern 1995, 51–95.
2 Zahlen aus: Bundesamt für Energiewirtschaft und Schweizerisches Nationalkomitee der Weltenergiekonferenz, *Energiestatistik der Schweiz 1910–1985* (Sonderdruck aus Bulletin SEV/VSE 22/87), Zürich 1987; Bundesamt für Energie, *Schweizerischer Gesamtenergiestatistik 2011*, Bern 2012.
3 Daniele Ganser, *Europa im Erdölrausch. Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit*, Zürich 2012.
4 Ebd., 93–113.
5 Die folgenden Ausführungen basieren hauptsächlich auf Anne-Sophie Zbinden, «Das Schweizer Erdöl den Schweizern!» Die Suche nach Erdöl und Erdgas in der Schweiz von 1951 bis 1979, Masterarbeit, Bern 2010; siehe auch Monika Gisler, *Erdöl. Eine kleine Kulturgeschichte*, Zürich 2011.
6 Gisler (wie Anm. 5); Monika Gisler, *Die «Swiss Gang». Schweizer Pioniere der Erdölforschung*, Zürich 2013.
7 Schweizerisches Bundesarchiv (BAR), E 8190 (B) 1981/12, Az. 813.3, Bd. 59, 2 f.
8 BAR, E 8190 (B) 1981/12, Az. 813.3, Bd. 59, 5 f.
9 BAR, E 8190 (B) 1981/12, Az. 813.3, Bd. 59, 8.
10 BAR, E 8190 (B) 1981/12, Az. 813.3, Bd. 59.
11 BAR, E 8190 (B), 1981/12, Az. 813.3, Bd. 62, 5 f.
12 BAR, E 8190 (B) 1981/12, Az. 813.3, Bd. 59, 3.
13 BAR, E 7001 (C) 1968/72, Az. 8311.1, Bd. 131, 1.
14 «Öl in der Schweiz?», in *Der Bund*, 10. 8. 1952.
15 BAR, E 7001 (C) 1968/72, Az. 8311.1, Bd. 284, 3.
16 Ganser (wie Anm. 3), 90–93.
17 BAR, E 8190 (B) 1981/12, Az. 813.3, Bd. 59, 3.
18 BAR, E 8190 (B) 1981/12, Az. 813.3, Bd. 59, 4.
19 BAR, E 7001 (C) 1968/72, Az. 8311.4, Bd. 287, 6 f.
20 BAR, E 7001 (C) 1968/72, Az. 8311.4, Bd. 287, 3 f.
21 *Schweizer Journal* 3/1953, 44 f.
22 BAR, E 8190 (B) 1981/12, Az. 82.15.0, Bd. 61, 2.
23 Schweizerisches Konsortium für Erdölforschung, *Erdöl in der Schweiz*, Davos 1958, 48.

24 Swisspetrol Holding AG, *Dossier Swisspetrol*, Zürich 1974, 4–6.
25 BAR, E 8190 (B) 1981/12, Az. 813.3, Bd. 59, 2 f.
26 BAR, E 7001 (C) 1968/72, Az. 8311.4, Bd. 287, 2–5.
27 BAR, E 7001 (C) 1968/72, Az. 8311.1, Bd. 284.
28 Patrick H. Lahusen, Roland Wyss, «Erdöl- und Erdgasexploration in der Schweiz: Ein Rückblick», *Bulletin der Vereinigung schweizerischer Petroleumgeologen und Petroleumingenieure* 62/141 1995, 43–72.
29 Celtique Energie, *Operations*, http://www.celtiqueenergie.com/celtique.php?p=27 (Version vom 26. 5. 2013).
30 Petrosvibri SA, *Notre société*, http://www.petrosvibri.ch/fr/notre-societe/ (Version vom 26. 5. 2013). Davide Scruzzi, «Die Förderung des Genfersee-Erdgases wäre teuer», www.nzz.ch/aktuell/schweiz/die-foerderung-des-genfersee-erdgases-waere-teuer-1.12868589 (Version vom 26. 5. 2013).
31 Curia Vista, *Geschäftsdatenbank*, http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20121136 (Version vom 26. 5. 2013).

Résumé

«Du pétrole suisse pour les Suisses!». Explorations pétrolières en Suisse durant l'âge d'or des années 1950

Pour la Suisse comme pour tous les pays industrialisés et émergents, le pétrole et le gaz naturel sont des matières premières énergétiques cruciales. Depuis la découverte des premiers gisements de pétrole, l'or noir a supplanté le charbon pour se hisser au rang de premier agent énergétique au niveau mondial. Comme elle l'a fait auparavant pour le charbon, la Suisse doit importer l'intégralité de sa consommation de pétrole et de gaz. Elle achète ces deux ressources énergétiques à des entreprises internationales qui s'occupent de la distribution des produits dans le pays.

Au début du 20e siècle, des voix s'élèvent pour demander des explorations de pétrole et de gaz en Suisse. Dès les années 1950, la Confédération, les cantons et des entreprises privées discutent sérieusement de projets de prospection. Les différents acteurs usent des mêmes arguments: il faut d'une part assurer la neutralité et l'indépendance de la Suisse, et d'autre part veiller à ce que les éventuels bénéfices tirés de l'exploitation des gisements restent en Suisse et ne s'écoulent pas à l'étranger. On tente donc de mobiliser du capital suisse pour les explorations, mais l'exercice s'avère difficile. Bien que des entreprises de premier plan participent à l'organisation des sondages de pétrole, personne n'est disposé à consentir de grands investissements. En conséquence, le projet de prospection est d'emblée tributaire de la coopération avec des groupes étrangers. La Confédération elle-même ne s'engagera financièrement qu'à partir de 1983, et en ne contribuant que pour une fraction du capital nécessaire. Hormis la découverte

de quelques modestes gisements de gaz naturel dans l'Entlebuch (Lucerne) entre 1985 et 1994, les activités de prospection ne seront guère fructueuses. Par contre, des entreprises étrangères réussiront à s'implanter en Suisse en dépit des efforts faits par la Confédération et le secteur privé pour les en empêcher.

(Traduction: Clara Wubbe)